



# EU-NACHRICHTEN



## MELDUNG DER WOCHE 3

EU-Sondergipfel zu Nordafrika

## IM FOKUS 4-5

Studie zum Ostseeraum  
100 Jahre Weltfrauentag

## PANORAMA 8

Modell Europa  
Parlament 2011

## AKTUELL

### Gipfel der Euro-Staaten berät Pakt für Wettbewerb

Beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs der 17 Euro-Länder am Freitag geht es um eine stärkere wirtschaftliche Verzahnung der beteiligten Länder. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat diese Woche im Europaparlament betont: „Der Pakt ist wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Union zu erhalten.“ Bei allen Mitgliedstaaten herrsche eine breite Zustimmung zu den Vorschlägen der Kommission. Eigentlich gehe es nicht nur um Wettbewerb, sondern auch um mehr Konvergenz. Der Pakt führe nicht zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten. Er soll niemanden außerhalb der Euro-Zone ausschließen. Die Beschlüsse werden Teile eines Gesamtpakets sein, das beim regulären Gipfel aller 27 Staats- und Regierungschefs am 24. und 25. März verabschiedet werden soll. Zur Gesamtstrategie gehören auch schärfere Regeln für den Stabilitätspakt sowie die Ausgestaltung des aktuellen Euro-Rettungsschirms ab Mitte 2013. (vth)



Das Stadionsdach des Bundesligisten FSV Mainz 05 trägt eine riesige Solarstromanlage.

Fotos: Juwi Holding AG, iStockphoto, Lga, Cattell

### Klimafreundliches Europa

## Umstellung auf kohlenstoffarme Wirtschaft jetzt beginnen

Treibhausgase haben Seltenheitswert. Energie liefern Solar- und Windkraftwerke. Intelligente Netze messen den Energieverbrauch so genau, dass nichts verloren geht. Alles Zukunftsmusik? Nein: Die EU-Kommission hat in dieser Woche einen Fahrplan für eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft bis 2050 und einen Energie-Effizienzplan vorgestellt. In einer kohlenstoffarmen Zukunft entstehen bis zu 95 Prozent weniger Treibhausgase, fahren Autos vorwiegend mit Elektroantrieb und entstehen mehr als 1,5 Millionen neue Jobs in der „grünen“ Ökonomie.

Der Fahrplan beschreibt den kostengünstigsten Weg in eine wettbewerbsfähige emissionsarme Wirtschaft. Danach müssten die Emissionen bis 2030 um 40 und bis 2040 um 60 Prozent gegenüber 1990 verringert werden, damit eine Reduzierung von 80-95 Prozent bis 2050 verwirklicht werden kann. Wichtig ist dabei, dass dies weitgehend durch EU-interne Maßnahmen erreicht werden sollte.

Das Konzept der EU zeigt auf, welchen Beitrag

die verschiedenen Wirtschaftssektoren leisten müssen und gibt Hinweise auf nationale und regionale Reduzierungsstrategien. Die EU muss jetzt damit anfangen, den Übergang vorzubereiten, wenn sie eine Führungsrolle behalten will. Das unterstrich auch die für Klimapolitik zuständige EU-Kommissarin Connie Hedegaard: „Je länger wir damit warten, desto höher werden die Kosten sein. Angesichts immer weiter ansteigender Ölpreise gibt



lesen Sie weiter auf Seite 2



Links: Prototyp eines Elektroautos. Bis 2050 sollen E-Autos auf den Straßen eine Selbstverständlichkeit sein.

Rechts: Für EU-Energiekommissar Günther Oettinger spielt Energiesparen eine Schlüsselrolle.



Foto: EU-Kommission, Juwi Holding AG

Europa jedes Jahr mehr für Energie aus und wird immer anfälliger für Preisschocks. Es wird sich also auszahlen, den Übergang schon jetzt zu beginnen.“

## Energiesparen lohnt sich

Neben langfristigen Strategien für verschiedene Wirtschaftssektoren spielt das Energiesparen eine Schlüsselrolle. Die Kommission hat zusätzlich einen Energieeffizienzplan für private Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Hand vorgestellt. Danach könnten pro Haushalt jährlich bis zu 1.000 Euro eingespart werden. Der Plan ist auch notwendig, denn – so Energiekommissar Günther Oettinger – „trotz der bereits erzielten Fortschritte müssen weitere entschlossene und koordinierte Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz eingeleitet werden.“ Sonst werde die EU ihr Ziel, bis 2020 Energieeinsparungen von 20 Prozent zu schaffen, nicht erreichen.

Oettinger schlägt unter anderem vor, die Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes zu beschleunigen. Behörden sollten

dazu verpflichtet werden, jährlich mindestens drei Prozent ihrer Gebäude zu sanieren. Die Kommission möchte außerdem die Anforderungen an die Energieeffizienz von Industrieausrüstungen erhöhen sowie intelligente Netze und Zähler schneller einführen, damit die Verbraucher selbst optimal ihre Energieeinsparungen berechnen können.

## Stand der Technik

Um die Ziele zu erreichen, braucht nicht erst auf technologische Durchbrüche wie den nuklearen Fusionsreaktor gewartet zu werden. „Die CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft kann allein durch die Weiterentwicklung bewährter Technologien erreicht werden, die es bereits heute gibt“, hob Connie Hedegaard hervor. Solartechnik, Windkraft, Bioenergie, intelligente Netze, Kohlendioxidabscheidung und -speicherung, Null-Energie-Häuser und ökologische Verkehrssysteme bilden das Rückgrat für die kohlenstoffarme Wirtschaft, die bis 2050 entstehen soll.

Nach Schätzungen der Kommission wird der Aufbau dieser CO<sub>2</sub>-armen EU-Wirtschaft in den

nächsten 40 Jahren zusätzlich zu den derzeitigen Investitionen von 19 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weitere jährliche Investitionen in Höhe von 1,5 Prozent des EU-BIP (das sind 270 Milliarden Euro) erfordern. Diese Kosten werden durch die niedrigeren Ausgaben für Öl- und Gasimporte wieder eingespielt. Darüber hinaus haben die Investitionen in saubere Technologien, in Infrastrukturen wie „intelligente“ Stromnetze und in Umweltschutz mehrere Vorteile. Sie verringern die Abhängigkeit der EU von Energieimporten, sichern bestehende Arbeitsplätze und schaffen neue, reduzieren die Luftverschmutzung und können dadurch sogar Kosten im Gesundheitswesen einsparen. (vth)

## Der Fahrplan zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes:

→ [http://ec.europa.eu/clima/policies/roadmap/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/policies/roadmap/index_en.htm)

## Zum Energieeffizienzplan:

→ [http://ec.europa.eu/energy/efficiency/action\\_plan/action\\_plan\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/efficiency/action_plan/action_plan_en.htm)



Foto: EU-Kommission

### EU-Gipfel zu Nordafrika

Die EU-Kommission bietet den Ländern Nordafrikas eine Partnerschaft an, um den Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Auf dem Sondergipfel an diesem Freitag werden die EU-Staats- und Regierungschefs darüber beraten. Für die Partnerschaft schlägt die Kommission einen leistungsbezogenen Ansatz („more for more“) vor. Länder, die bei politischen und wirtschaftlichen Reformen schneller vorankommen, sollen mit einer stärkeren Unterstützung rechnen können. Zur neuen Strategie zählt auch eine gemeinsame Flüchtlingspolitik. „Die Angst vor einer unbekannteren Zukunft wird uns nicht daran hindern, den Wandel zu unterstützen. Dies ist ein historischer Moment, den wir nicht verpassen dürfen“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Die

Partnerschaft der EU mit den Ländern Nordafrikas soll auch Impulse für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen setzen. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy betonte, wie wichtig es für die Europäische Union sei, der ganzen Region eine klare und positive Botschaft zu senden. EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton sagte: „Die Demokratiebewegungen müssen von unten kommen. Die Menschen der Region müssen über ihre Zukunft selbst entscheiden. Aber wir sollten bereit sein, unsere volle Unterstützung anzubieten, wenn wir gefragt werden.“

➔ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/159>

### Deutsche sind Recyclingmeister

Im Schnitt erzeugt ein Bürger der EU im Jahr 513 Kilogramm Hausmüll. 24 Prozent davon wird wiederverwertet. Das geht aus Zahlen des Statistikamtes Eurostat für das Jahr 2009 hervor. Allerdings herrschen hier gewaltige Unterschiede quer durch die Union. Den größten Müllberg hinterlassen die Dänen mit 833 kg. Am wenigsten Müll fällt in Tschechien mit 316 kg an. Deutschland liegt mit 587 kg im Mittelfeld. Immerhin ist hierzulande die Recyclingquote mit 48 Prozent im EU-Vergleich Spitze. Nimmt man die Kompostierung dazu, ist die Müllverwertung mit 70 Prozent des Aufkommens in Österreich am stärksten verbreitet, vor Deutschland mit 66 Prozent. In Rumänien und Bulgarien wird dagegen so gut wie aller Hausmüll auf Müll-Deponien verbracht.

➔ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>

### CO2-Emissionen des Luftverkehrs erfasst

Die Aufnahme des Luftverkehrs in den Emissionshandel ist einen Schritt voran gekommen. Die EU-Kommission hat veröffentlicht, wie viele CO2-Emissionen Flüge von und zu europäischen Flughäfen zwischen 2004 und 2006 im Schnitt verursacht haben: 219 Millionen Tonnen. Auf der Grundlage dieses Mittelwertes

werden den Luftfahrtunternehmen 2012 Emissionsrechte über 212 Millionen Tonnen CO2 zugeteilt. Etwa 4000 Luftfahrtunternehmen werden ab 2012 neu in den Emissionshandel einbezogen.

➔ [http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/aviation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/aviation/index_en.htm)

### Investitionsbank finanziert Windpark in der Ostsee

Mit einem Darlehen in Höhe von 80 Millionen Euro finanziert die Europäische Investitionsbank (EIB) Bau und Betrieb des ersten kommerziellen Offshore-Windparks in Deutschland. Den Darlehensvertrag haben die EIB und der Projektträger Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) unterzeichnet. Der neue Offshore-Windpark EnBW Baltic 1 liegt in der deutschen 12-Seemeilen-Zone vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns und umfasst 21 Windturbinen mit einer Gesamtleistung von 48,3 Megawatt. Zum Projekt gehört auch ein Offshore-Umspannwerk. Das Projekt wurde im Jahr 2010 errichtet und wird derzeit in Betrieb genommen. „Allein im vergangenen Jahr vergab die Bank ein Rekordvolumen von 30 Prozent ihrer gesamten Darlehen an Klimaschutzprojekte. Gerade dem Offshore-Sektor kommt dabei große Bedeutung bei“, sagte Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB).

➔ [www.eib.org](http://www.eib.org)

### DEMNÄCHST IN DEN EU-NACHRICHTEN:

Ab der kommenden Woche werden die EU-Nachrichten in einer Extra-Beilage über die ökonomischen und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen berichten, die derzeit besonders im Euro-Währungsgebiet eine wichtige Rolle spielen. Die vierseitige Beilage wird sechsmal in Folge erscheinen.



Schloss Kalmar auf Öland vor Schweden (links). Kreideküste auf Rügen.



Fotos: Axelio, iMar, SV by Traumwelten, Bildergott

### Studie zum Ostseeraum

## In der Tradition der Hanse

Der Norden Europas hat sich zu einer florierenden, innovativen und wettbewerbsfähigen Region entwickelt. Unter den Ostsee-Anrainern macht schon das Wort von einer „Neuen Hanse“ die Runde. Eine Studie bestätigt den Nordlichtern: Ihre EU-Region hat enormes Potenzial.

**E**in mächtiges Kaufmanns- und Städtebündnis, die Hanse, sorgte im Mittelalter in Europas Norden für Wohlstand. Damals arbeiteten große Handelsstädte zusammen – von Lübeck bis hinauf nach Tallin, das noch Reval hieß. Kurze Wege übers Wasser und traditionelle Wirtschaftsverflechtungen haben rings ums Binnenmeer 40 Jahre Eisernen Vorhang überlebt. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit macht die Ostsee-Anrainer wettbewerbs- und anpassungsfähig. Das belegt jetzt die Studie „Zukunft Ostseeraum: Potenziale und Herausforderungen“ des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI).

Die Forscher untersuchten Handel, demografische Trends, Innovation und ökonomische Bedeutung der Ostseestädte. Sie stellten zum Beispiel fest: Waren für 725 Milliarden Euro gingen 2009 von den Ostsee-Staaten in die anderen EU-Länder – ein Drittel aller Binnenexporte. Die Zahl der Patente, die Forschungsausgaben, der hohe Anteil der Arbeitsplätze in Wissenschaft und Technologie stehen für viel Innovationspotenzial. So bilden mehr als 300 Universitäten, Krankenhäuser und Firmen aus dem Life Science-Bereich das „Medicon-Valley“ zu beiden Seiten des Öresunds zwischen

Dänemark und Schweden. Das trägt dazu bei, dass Dänemark und Schweden im „Innovationsindex“ der EU die Spitzenplätze belegen.

Das Hanse-Parlament, eine Vereinigung von 45 Handelskammern und Verbänden aus allen Ostseestaaten mit Sitz in Hamburg, sieht in der historischen Hanse einen Vorläufer der EU. An die Tradition grenzüberschreitender Zusammenarbeit konnte die EU 2009 mit ihrer Ostseestrategie anknüpfen. Die Eckpfeiler sind: Verbesserung der Umweltbedingungen, der Sicherheit, des Wohlstandsniveaus und der Verkehrswege. 80 Projekte enthält der Aktionsplan, die zum Teil schon laufen: Da geht es etwa darum, Modellregion für eine saubere Schifffahrt zu werden, lokale Effekte des Klimawandels zu bewerten, Hindernisse für den Binnenmarkt im Ostseeraum auszuräumen und eine gemeinsame Innovationsstrategie zu entwickeln. Die acht EU-Anrainer machen mit rund 147 Millionen Menschen 29 Prozent der EU-Bevölkerung aus. Heute erwirtschaften sie 29,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Union, Tendenz stark steigend. (mb)

→ [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org)

100 Jahre Weltfrauentag

# EU-Kommission fordert höheren Frauenanteil in den Vorstandsetagen

Allgemeines Wahlrecht, gesetzliche Gleichstellung und auch das Rollenbild von Mann und Frau, vieles hat sich in den vergangenen hundert Jahren verändert. Aber: Frauen verdienen 2010 im Durchschnitt immer noch 17,6 Prozent weniger in der Stunde als Männer. Sie mussten 64 Tage im Jahr mehr arbeiten, um den gleichen Lohn zu erhalten. Und in den Chefetagen börsennotierter europäischer Unternehmen gibt es derzeit nur zwölf Prozent Frauen, der Anteil weiblicher Vorstandsvorsitzender beträgt sogar nur drei Prozent. Nun bekommen die Unternehmen noch ein Jahr Schonfrist, den Frauenanteil zu erhöhen.

**E**U-Kommissarin Viviane Reding forderte vor wenigen Tagen auf einem speziell zu diesem Thema einberufenen Treffen die Unternehmen zum Umdenken auf: „Wir müssen alle Talente unserer Gesellschaft nutzen, damit die europäische Wirtschaft erfolgreich ist. Wenn die Selbstverpflichtungen wirkungslos sind, werde ich weitere Maßnahmen auf EU-Ebene ergreifen.“ Ziel der EU-Kommission ist es, den Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten bis 2015 auf 30 Prozent und bis 2020 auf 40 Prozent zu erhöhen.

Obwohl das Ziel eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses in vielen Ländern Europas nur langsam voran kommt,

gibt es in manchen Staaten schon deutliche Fortschritte. Schweden, Finnland, die Niederlande und Dänemark haben schon Regeln zur Unternehmensführung oder freiwillige Vorgaben, die zu einem höheren Frauenanteil in den Vorstandsetagen geführt haben. In Norwegen sind bereits gesetzliche Quoten (40 Prozent Frauen) vorhanden, in Frankreich und Spanien hat man diese soeben beschlossen. In den Niederlanden, Italien und Belgien wird eine Einführung diskutiert. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte auf einer Pressekonferenz zum Weltfrauentag: „Dass Frauen trotz exzellenter Qualifikationen größtenteils von Führungspositionen ausgeschlossen sind, ist

nicht nur eine Diskriminierung, sondern auch eine Verschwendung von Talent und Ressourcen, die der Wirtschaft nur schaden kann.“ Auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments diskutierten anlässlich des Weltfrauentages über Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Sie forderten verbindliche Vorgaben zur Gewährleistung der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern in der Politik. Außerdem müssten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um den Frauenanteil zu erhöhen. (fb)

➔ [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/reding/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reding/index_de.htm)



Während der Pressekonferenz zum Weltfrauentag: (v.l.n.r.): EU-Kommissarin Viviane Reding, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der Präsident des EU-Parlaments Jerzy Buzek.



## PUBLIKATION

### GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN



Wie steht es um die Gleichstellung von Männern und Frauen in Europa? Welche Strategien und Prioritäten ergeben sich daraus für die Zukunft? Der aktuelle „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2010“ befasst sich mit den kurz- und langfristigen Herausforderungen der Geschlechtergleichstellung im Kontext der Wirtschaftskrise. Außerdem werden die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Armut und soziale Eingliederung sowie Gewalt gegen Frauen behandelt. Eine Vielzahl von Tabellen und Statistiken komplettiert die Publikation. Sie steht kostenlos als

Download auf der EU-Bookshop Seite bereit.

→ <http://bookshop.europa.eu>

### EU-27 WATCH

In der neuesten Ausgabe von EU-27 Watch beschäftigen sich Wissenschaftler aus den 27 Mitgliedstaaten sowie den vier Kandidatenländern mit den europapolitischen Diskussionen in ihren Ländern. Weitere Themen sind die Europäische Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik und die Ausgestaltung des Vertrags von Lissabon. Auf der Webseite haben die Leser jetzt auch einen verbesserten Zugang zu den Texten. Die Berichte lassen sich themen- oder länderweise sortieren und abrufen. Die Zeitleiste gibt einen Überblick über die wichtigsten europapolitischen Ereignisse seit 2004. Herausgeber von EU-Watch 27 ist das Institut für Europäische Politik.

→ [www.eu-27watch.org](http://www.eu-27watch.org)



## WETTBEWERB

### HISTORY-AWARD



Geschichte ist geprägt von Grenzfragen. 2011 jährt sich etwa der Bau der Berliner Mauer zum 50. Mal und die Südpol-Expedition von Roald Amundsen ist 100 Jahre her. Dieses Ereignis nimmt der Geschichtssender HISTORY zum Anlass, um mit seinem bundesweiten Geschichtswettbewerb um den HISTORY-AWARD 2011 zum Nachdenken über ehemalige, bestehende und zukünftige Grenzen anzuregen. Der bundesweite Wettbewerb richtet sich an Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen und Schultypen. Die Beiträge zum Thema sollen in Form eines Videos aufbereitet und mit einer kurzen Projektbeschreibung auf die Seite des Wettbewerbs hochgeladen werden. Einsendeschluss ist der 18. April 2011. Die Preisverleihung findet am 11. Mai 2011 in München statt.

→ [www.history-award.de](http://www.history-award.de)

## SEMINAR

### BRÜSSELER SPITZEN

Die Europäische Akademie Berlin bietet Frauen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Bildung, die beruflich mit Europa zu tun haben, anderthalbtägige Trainings zu verschiedenen Themen an. Im April steht „Reden schreiben“ auf dem Programm. Unter anderem werden folgende Punkte bearbeitet: „Was eine gute Rede ausmacht“, „Wie Sie auch zu unbekanntem Themen schnell eine Rede schreiben“ und „Wie Sie das Publikum begeistern und überzeugen“. Zu jedem Training ist eine erfolgreiche Frau aus der Europapolitik zu Gast. Das Seminar setzt intensive Mitarbeit voraus und ist praxisorientiert angelegt. Übungen am Beispiel authentischer Reden aus der Berufspraxis mit Feedback der Gruppe und der Trainerin bilden das Kernstück des Seminars.

**Termin:** 7.-8.4.2011, Europäische Akademie, Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin, Anmeldung unter [ub@eab-berlin.eu](mailto:ub@eab-berlin.eu)

→ [www.eab-berlin.de/Bruesseler-Spitzen.291.0.html](http://www.eab-berlin.de/Bruesseler-Spitzen.291.0.html)

## TERMINVORSCHAU BIS 21.3.2011

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
<b>15.3.2011</b> 18.30 Uhr	Diskussionsveranstaltung „ <b>Arbeitnehmerfreizügigkeit – Potentiale und Probleme für den Wirtschaftsstandort Nürnberg</b> “ <b>Veranstalter:</b> EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg	Maritim Hotel Nürnberg Frauentorgraben 11 90443 <b>Nürnberg</b>	Anmeldung unter <a href="mailto:veranstaltung.anf@stadt.nuernberg.de">veranstaltung.anf@stadt.nuernberg.de</a>
<b>17.3.2011</b> 14.00 Uhr	Fördermittelnachmittag „ <b>Erfolgreich kooperieren</b> “ <b>Veranstalter:</b> Enterprise Europe Network in Trier	Fachhochschule Trier Schneidershof 54293 <b>Trier</b>	<a href="http://www.eic-trier.de">www.eic-trier.de</a>
<b>17.-18.3.2011</b> 10.30 Uhr	Konferenz „ <b>Migration, Integration und soziale Mobilität in Europa</b> “ <b>Veranstalter:</b> Heinrich-Böll Stiftung	Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstr. 8 10117 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=9310&amp;crtpage=3">www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=9310&amp;crtpage=3</a>
<b>17.3.2011</b> 12.00 Uhr	Lesung „ <b>Letters to Milosz / Briefe an Milosz</b> “ <b>Veranstalter:</b> HALMA - Das Europäische Netzwerk literarischer Zentren e.V.	Leipziger Buchmesse Halle 4, E 401 04356 <b>Leipzig</b>	<a href="http://www.letterstomilosz.eu">www.letterstomilosz.eu</a>
<b>17.3.2011</b> 12.30 Uhr	Konferenz „ <b>Zukunft der Fischereipolitik</b> “ mit Maria Damanaki, EU- Kommissarin für Maritime Angelegenheiten und Fischerei <b>Veranstalter:</b> Vertretung der EU-Kommission, Berlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 <b>Berlin</b>	COMM-REP-BER-ANMELDUNG@ec.europa.eu
<b>17.3.2011</b> 18.00 Uhr	Vortrag „ <b>Wie wird in Europa die Korruption bekämpft?</b> “ von Dr. Christian Humborg <b>Veranstalter:</b> Schwarzkopf-Stiftung	Schwarzkopf-Stiftung Sophienstraße 28-29 10178 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.schwarzkopf-stiftung.de">www.schwarzkopf-stiftung.de</a>
<b>18.3.2011</b> 19.00 Uhr	Diskussion „ <b>Demokratie ohne Medien – Medienkontrolle in Europa</b> “ <b>Veranstalter:</b> Rosa-Luxemburg-Stiftung	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.rosalux.de">www.rosalux.de</a>
<b>18.-20.3.2011</b>	Europa-Seminar für junge Leute „ <b>Was bringt mir Europa konkret – Ausbildungsperspektiven in Europa und der Großregion</b> “ <b>Veranstalter:</b> Junge Europäische Föderalisten Saar	Schullandheim Gersheim Dekan-Schindler-Straße 14 66453 <b>Gersheim</b>	<a href="http://www.jef-saarland.de">www.jef-saarland.de</a>
<b>19.3.-15.4.2011</b>	E-learning Kurs „ <b>Wohin geht die Reise der EU?</b> “ <b>Veranstalter:</b> Europa Zentrum Baden-Württemberg	Europa Zentrum Nadlerstr. 4 70173 <b>Stuttgart</b>	<a href="http://www.europa-zentrum.de">www.europa-zentrum.de</a>
<b>19.3.2011</b> 14.00 Uhr	Auftaktveranstaltung in Niedersachsen „ <b>Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit</b> “ <b>Veranstalter:</b> Niedersächsische Staatskanzlei	VGH Versicherungen Schiffgraben 4 30159 <b>Hannover</b>	Anmeldung unter <a href="mailto:thomas.boehme@stk.niedersachsen.de">thomas.boehme@stk.niedersachsen.de</a>
<b>21.3.2011</b> 20.00 Uhr	Frühlingskonzert „ <b>Young Euro Classic Orchester Südosteuropa</b> “ <b>Veranstalter:</b> Deutscher Freundeskreis europäischer Jugendorchester e.V., Berlin	Konzerthaus Berlin Gendarmenmarkt 10117 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.young-euro-classic.de">www.young-euro-classic.de</a>

Alle Angaben ohne Gewähr

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: [eu-de-kommission@ec.europa.eu](mailto:eu-de-kommission@ec.europa.eu) • Internet: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

### Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

### Vertretung in München:

Erhardtstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

### Redaktion & Grafik:

Volker Thomas (vt), Uwe Roth (ur), Hubert Beyerle (hb), Michael Bechtel (mb), Franziska Bornefeld (fb), Annette Conradt • Thomas und Roth (GbR) Presse & PR  
Bülowstraße 66 Aufgang D3 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 23 21 35 • Fax: 030-21 23 21 37 • [info@thomas-ppr.de](mailto:info@thomas-ppr.de) • [www.thomas-ppr.de](http://www.thomas-ppr.de)

### Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.

Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2011

Modell Europa Parlament

# „Ihr seid die europäische Generation“

In der vergangenen Woche war der Bundesrat in Berlin fest in der Hand von gut 170 Schülerinnen und Schülern, die beim diesjährigen „Modell Europa Parlament“ (MEP) in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen. Seit dem Jahr 2000 führt der gemeinnützige MEP-Verein, der von der EU-Kommission, der Bundesregierung und dem Politischen Arbeitskreis Schulen unterstützt wird, solche Parlamentssimulationen durch.



Abstimmung im „Europa-Parlament“. Gastgeber war in diesem Jahr der Bundesrat (links). Zweite von rechts: Franziska Keller (MdEP).

**D**ie jugendlichen Delegierten beraten in Ausschüssen über vorher festgelegte Themen. Die Teilnehmer sollen in den Debatten über aktuelle europapolitische Themen eine eigene Meinung entwickeln. Dabei schenken sich die „Abgeordneten“ nichts. Die Abstimmungen sind hart umkämpft bei den acht Resolutionen, die in den zwei Tagen im Plenum zur Debatte stehen. Dabei geht es um wichtige Forderungen: Wollen wir eine fünfjährige Probezeit bei der EU-Mitgliedschaft von neu beigetretenen Ländern einführen? Brauchen wir eine verstärkte Abgabe von nationaler Souveränität an die EU, um den Euro zu stabilisieren? Soll es eine EU-weite Kindertagespflicht geben, um die Bildungschancen für alle zu erhöhen?

„Wir brauchen eine Harmonisierung der Steuerpolitik in der EU“ – das war Konsens bei den achtzehn Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen. Nur so könne der Euro langfristig gesichert und regionale Verwerfungen vermieden werden. Das Plenum schließt sich mit knapper Mehrheit dieser Meinung an. Die Rettung des Euro liegt den Jungparlamentariern offenbar am Herzen.

**A**uf der Agenda standen in diesem Jahr außerdem die Jugendarbeitslosigkeit und die EU-Erweiterung. Die Abgeordneten setzten sich aber auch mit aktuellen politischen Ereignissen auseinander. „Wann sollte die EU im Fall einer Diktatur wie Libyen

eingreifen?“, fragte ein Schüler bei der Abschlussdiskussion. Oder: „Warum spricht Europa häufig nicht mit einer Stimme? Wird es einmal die Vereinigten Staaten von Europa geben?“

**A**nsprechpartnerin aus dem Europaparlament selbst war Franziska Keller (Grüne). Sie hob die Bedeutung der Sprachkompetenz hervor. Diese sei das A&O, damit sich die Bürgerinnen und Bürger besser mit der EU identifizierten. In diesem Sinn appellierte sie zum Schluss an die Teilnehmer des MEP: „Ihr seid die europäische Generation. Wenn ihr politisch aktiv werdet, denkt an die europäische Dimension“. (bu)

→ [www.mep-germany.de](http://www.mep-germany.de)

Fotos: Marion Busch, Elizabeth Franz